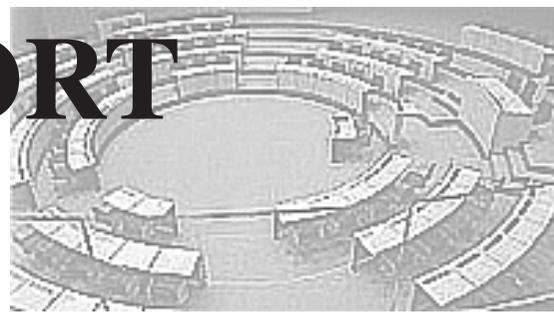


PARLAMENTSREPORT

DIE LINKE. Fraktion im
Thüringer Landtag



Versäumnisse nicht auf dem Rücken der Bürger austragen

MdL Frank Kuschel: Erhebliche Schwächen im Gutachten zu Straßenausbaubeiträgen

Jetzt müssen endlich nachhaltige Lösungen im Interesse der Bürger her“, forderte Fraktionschef Bodo Ramelow angesichts der Ankündigungen des Innenministers zur „Weiterentwicklung des Straßenausbaubeitragsrechts in Thüringen“. Die Versäumnisse des Landes und der Kommunen dürften nicht länger auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werden. Der Minister habe bestätigt, was die LINKE schon immer sage, „die Probleme mit den Straßenausbaubeiträgen in Thüringen sind politischer und haushalterischer Natur“.

Den Worten des Ministers, der einen offenen Dialog mit allen Beteiligten ankündigte, „müssen jetzt rasch Taten folgen“. Dabei sei das vorgelegte Brenner-Gutachten für den versprochenen umfassenden Kommunikationsprozess eher ungeeignet, da es große Lücken und Mängel aufweise. Der Fraktionschef der LINKEN verweist auf die von seiner Fraktion seit Jahren unterbreiteten Vorschläge und unterstreicht, „ohne die Ignoranz der CDU wären die Probleme schon längst gelöst“.

„Auch durch die Erläuterungen des Innenministers im Landtagsausschuss konnten die erheblichen Schwachstellen im Gutachten nicht ausgebessert werden“, stellt der kommunalpolitische Sprecher der

LINKEN, Frank Kuschel, nach der Sitzung fest.

Obwohl die Erstellung des Auftragsgutachtens mehrere Jahre gedauert habe und die öffentliche Vorstellung der Ergebnisse wegen interner Klärung zwischen Landesregierung und Gutachter um mehrere Monate verzögert wurde, seien die Resultate wenig Ziel führend. Der Oppositionspolitiker bemängelt unter anderem, dass im Gutachten keinerlei Aussagen zu einer möglichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge enthalten seien. Dies hätte aber untersucht werden müssen, habe doch Baden-Württemberg bereits 1997 seine Straßenausbaubeiträge abgeschafft.

Eklatante Schwächen

Auch die Regelungen aus Sachsen, wo die Gemeinden selbst entscheiden könnten, ob und in welcher Höhe die Bürger zur Kasse gebeten würden, seien unberücksichtigt geblieben. „Weshalb die Landesregierung meint, man könne auf Grundlage dieses Gutachtens mit eklatanten Schwächen eine solide Diskussion zur Zukunft der Straßenausbaubeiträge in Thüringen führen, bleibt völlig schleierhaft“, betonte Frank Kuschel.

Der Abgeordnete nehme aber zur Kenntnis, dass die neue Landesregierung offensichtlich versuche, in den Dialog mit den Betroffenen einzutre-

ten. So wurden einzelne Interessengruppen eingeladen, ihre Hinweise für mögliche Gesetzesänderungen einzureichen. Zusammen könnten dann Landesregierung, Landtag und die Bürger über die unterschiedlichen Vorstellungen diskutieren. „Es bleibt allerdings abzuwarten, ob den Ankündigungen auch Taten folgen oder ob gegenwärtig nur versucht werde, die Bevölkerung zu beruhigen, um ungestört die Erhebung der Straßenausbaubeiträge durchsetzen zu können“, bleibt Frank Kuschel skeptisch.

Der LINKEN-Abgeordnete erinnerte an das in der letzten Legislatur vorgelegte Gutachten des Verfassungsrechtlers Prof. Ferdinand Kirchhof, der im Zusammenhang mit der Abschaffung der Wasserbeiträge für die Landesregierung aktiv geworden ist. Dabei wurde festgestellt, dass die Erhebung von Beiträgen nicht zum verfassungsrechtlichen Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung gehört. Dem Gesetzgeber stünde es demnach frei, den Kommunen ein früher zugestandenes Instrument zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu entziehen. „Es ist schon merkwürdig, dass die Beitragsabschaffung gutachterlich möglich erscheint, wenn es in das politische Konzept der Landesregierung passt“, kritisierte Frank Kuschel das Vorgehen der politisch Verantwortlichen in Thüringen. ■

KOMMENTIERT:

von Karola Stange

Vom Tisch gewischt

Im Sozialausschuss hat eine „Große Koalition“ aus CDU- und SPD-Abgeordneten den Antrag der LINKEN zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen in Thüringen abgelehnt.

Ich bin entsetzt darüber, dass unsere Forderungen, z.B. nach Erstellung eines schriftlichen Berichts über die Situation von Menschen mit Behinderungen bis Mai 2011, als Schnellschuss bzw. Aktionismus einfach vom Tisch gewischt wurden.

Es ist ein Skandal, dass in den zurückliegenden Jahren in Thüringen keine Bestandsaufnahme über die gesellschaftliche sowie persönliche Situation von Menschen mit Behinderungen erarbeitet wurde. Umso notwendiger ist es, dass sehr zeitnah ein neuer Situationsbericht, der sich auch auf Lebenslagen bezieht, erstellt wird. Ohne solche Faktengrundlage stochert Gleichstellungspolitik für behinderte Menschen nur ziellos im Nebel.

Ich habe den Eindruck, die SPD hat schon nach kurzer Regierungsbeteiligung den Elan und Biss verloren, denn jetzt, wo landesweite Aktionspläne für die Umsetzung der UN-Konvention erarbeitet werden müssten, tritt die Koalition auf die Bremse.

Andere Länder wie Rheinland-Pfalz sind hier schon weiter. Es ist falsch, wenn die CDU-SPD-Koalition behauptet, man müsse erst auf Vorgaben einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe warten, um für Thüringen die entscheidenden Prämissen auf den Tisch zu legen.

DIE LINKE bleibt dabei: Wir brauchen unverzüglich auf allen Ebenen einen „Normencheck“ aller Gesetze und Verordnungen, um sie auf diskriminierende Aspekte zu überprüfen. Wir brauchen eine umfassende Novelle des Thüringer Gleichstellungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen und somit die Stärkung des Landesbehindertenbeauftragten. Wir brauchen endlich Förderprogramme ohne bürokratische Hürden, die langfristig Menschen mit Behinderungen in das Arbeitsleben integrieren. ■

AKTUELL

Kontroversen zum Landeshaushalt 2010

Bevor Ende Februar der diesjährige Haushaltsplanentwurf in den Landtag kommt, hatte sich die Landesregierung bei einer Klausurberatung dazu verständigt und auf die mehr als 900 Millionen Euro verwiesen, die in der Landeskasse fehlen. Daher werde es zu deutlichen Einsparungen kommen müssen.

DIE LINKE erneuerte ihre Forderung nach einer gerechten Steuer- und Einnahmepolitik und dem entsprechenden Agieren Thüringens auf Bundesebene. Zudem müssten auch im Land selbst die Hausaufgaben gemacht werden. Fraktionschef Bodo Ramelow nannte eine fundamentale Verwaltungsstrukturreform für Thüringen überfällig. Im Vorfeld der Klausur, über deren

Ergebnisse nach Redaktionsschluss informiert wurde, hatte Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht auf das Ziel eines verfassungsgemäßen Haushalt verwiesen.

Einige Tage zuvor hatte der sozialpolitische Sprecher der Landtagsfraktion der LINKEN, Jörg Kubitzki, auf die Forderung der Thüringer FDP, den Landeshaushalt durch Streichung der Sozialausgaben zu sanieren, mit Empörung reagiert: „Damit zeigt die FDP ihr wahres Gesicht. In Berlin kämpft sie vehement für Steuersenkungen und Steuergeschenke an Konzerne und die Reichen dieser Gesellschaft. Die dadurch entstehenden enormen Einnahmeverluste bei Bund, Ländern und Kommunen sollen nun durch Belastungen der Arbeitnehmer und sozial Schwachen gegenfinanziert werden.“

Wer z.B. zur Finanzierung des Gesundheitswesens die Kopfpauschale einführen will und damit vorschlägt, Niedriglohnempfänger sollten genau so viel bezahlen wie Großverdiener, betreibt „eine Klientelpolitik auf Kosten der Schwachen“. Die Äußerungen von Herrn Barth in Thüringen offenbarten einmal mehr, dass die FDP als „Lobbyist der Besserverdienenden“ die eigene Politik skrupellos durchsetzen will. Dies werde noch mehr Menschen in Armut und Existenznot treiben. „DIE LINKE wird alles unternehmen, damit im zukünftigen Landeshaushalt kein sozialer Kahlschlag erfolgt und erwartet von der Landesregierung einen Haushaltsvorschlag, der nicht zu Lasten der sozialen Infrastruktur geht“, erklärte Jörg Kubitzki abschließend. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Gesicht zeigen

Die Fraktion DIE LINKE erneuert ihre Unterstützung für „friedlichen, phantasievollen Protest und aktive Zivilcourage gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden“, betonte Bodo Ramelow. „Es käme einer Selbstaufgabe der Demokratie gleich, wenn aus Angst vor Antidemokraten die Demokratie sich selbst blockiert. Demokratien haben als eine Form der politischen Meinungsäußerung das Recht, auf der Straße zu sitzen, wenn auf dieser Straße Neonazis menschenverachtende Ideologien verbreiten wollen.“ Die Linksfraktion protestiert gegen die in einigen Bundesländern stattgefundenen Durchsuchungen von Einrichtungen von Bündnissen und Parteien, die zu Protesten gegen den Naziaufmarsch aufrufen. Die Fraktion hat das Plakatmotiv, das ein Staatsanwalt für beschlagnahmewürdig gehalten hat, mit einem Zusatz der politischen Meinungsäußerung versehen: „JETZT ERST RECHT! Wir sind dabei!“ und verabredet, diese Mobilisierungsplakate in den Abgeordnetenbüros aufzuhängen und öffentlich zu verbreiten. ■

Solarförderung

„Mit der Ankündigung der Bundesregierung, radikale Einschnitte bei der Solarförderung vorzunehmen, wird ein Standbein der Thüringer Wirtschaft und Forschung ernsthaft beschädigt, geplante Investitionen werden verhindert und ein radikaler Wechsel im Energiesektor hin zu einer dezentralen Energieerzeugung, -verteilung und -nutzung sabotiert“, sagt Bodo Ramelow und verweist auf einen Antrag der LINKEN für die Landtagssitzung. Darin werden die Abgeordneten des Bundestages aufgefordert, das Vorhaben der Bundesregierung auf parlamentarischem Wege zu stoppen. Nach Ramelows Auffassung, ist es nicht zufällig, dass die Pläne des Bundesumweltministers für eine drastische Kürzung der Einspeisevergütung für Solarstrom gerade zu einem Zeitpunkt bekannt werden, da die vier großen Energieversorger Druck machen, um den Ausstieg aus dem Atomausstieg zu erreichen. „Für DIE LINKE bleibt es dabei: Atomstrom ist weder sauber noch ungefährlich. Die Energiewende und der notwendige Klimaschutz sind weder mit Kohlekraftwerken noch mit Kernkraftwerken zu erreichen. Der einzige Erfolg versprechende Weg ist konsequentes Energiesparen und der verstärkte Einsatz alternativer Energie. Gerade für Thüringen mit seiner sich bestens entwickelnden Solarbranche ist das auch bedeutsam, um zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. ■

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV am 9. Februar

NACHGEFRAGT bei Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion

Hartz IV steht auf den Prüfstand. Jetzt steht auch der Termin für die Urteilsverkündung fest.

Am Dienstag, den 9. Februar, um 10 Uhr, wird das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sein Urteil zur Frage der Verfassungswidrigkeit der derzeitigen Regelsätze bei Hartz IV, insbesondere der Sätze für Kinder, verkünden. Eine Entscheidung zugunsten der Betroffenen könnte aber weit reichende Auswirkungen über Hartz IV hinaus haben.

Inwiefern?

Die Regelsätze der Sozialhilfe werden nach sehr ähnlichen Gesichtspunkten berechnet. Auch im Rentenrecht und im Steuerrecht spielt dieses finanzielle Existenzminimum eine wichtige Rolle. Beim Verfahren in Karlsruhe geht es um die Frage, wie Sozialleistungen finanziell ausgestaltet sein müssen, damit sie dieses von der Menschenwürdegarantie (Art. 1 GG) zugesicherte Existenzminimum (dazu gehört auch Teilhabe an sozialen und kulturellen Aktivitäten der Gesellschaft) erfüllen.

Versäumnisse des Gesetzgebers (der damaligen rot-grünen Bundesregierung) ausbaden.

Die Probleme mit der Hartz IV-Klageflut an den Sozialgerichten sind ja bekannt.

In Klagen zu den Regelsätzen haben in der Vergangenheit Betroffene immer wieder auf umfangreiche Gutachten und Untersuchungen verwiesen, die nachweisen, dass die Regelsätze das geforderte Existenzminimum nicht abdecken und daher gegen das Grundgesetz verstoßen. Solche Untersuchungen gibt es z.B. vom Paritätischen Wohlfahrtsverband oder auch von Rechtsanwälten. Es hatte längere Zeit gedauert, bis die Gerichte diese Argumente und Fakten aufgegriffen haben. Nun haben das Bundessozialgericht und das hessische Landessozialgericht einige „Musterfälle“ dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung der Verfassungswidrigkeit der Regelsätze vorgelegt.

Wer sich nicht wehrt, hat schon verloren. Es lohnt sich also, Widerspruch einzulegen!?



Kann man schon eine Prognose wagen?

Wie in Einschätzungen von Teilnehmern zu hören war, hat das Gericht in der mündlichen Verhandlung die zurzeit geltenden Regelsätze deutlich kritisiert. Vor allem auch, weil sie offensichtlich festgesetzt wurden, ohne dass vorher Untersuchungen angestellt wurden, welchen Bedarf die Betroffenen wirklich haben, um ihren täglichen Lebensunterhalt menschenwürdig bestreiten zu können. Es ist sehr wahrscheinlich, dass das Bundesverfassungsgericht die derzeitigen Regelsätze für unzulässig erklärt, mindestens aber das Verfahren festlegt, wie man zu den Regelsätzen kommt. Die Sozialgerichte müssen schon seit längerer Zeit diese

scheids zu verlangen - mit Antrag bei der zuständigen Behörde (z.B. ARGE).

Kann der Antrag auch rückwirkend gestellt werden?

Was für die Anpassung der zukünftigen Leistungen gilt, geht auch für die Vergangenheit – allerdings nur vier Jahre zurückgerechnet ab Antragstellung. Ein solcher Antrag heißt Überprüfungsantrag (geregelt in § 44 SGB X). Sollte das Bundesverfassungsgericht die derzeitigen Regelsätze als zu niedrig einschätzen, hätte ein solcher Überprüfungsantrag mit Bezug auf das Bundesverfassungsgerichts-Urteil Erfolg. Betroffene müssen aber nicht bis zum Urteil warten. Wegen der Rückwirkung auf Leistungen in der Vergangenheit ist es gut, so schnell wie möglich einen solchen Antrag zu stellen. Dabei sollte der Antrag mit der Aufforderung an die ARGE verbunden werden, die Bearbeitung des Überprüfungsverfahrens auszusetzen bis zur Entscheidung des Gerichts.

Was muss formal beachtet werden?

Die aktuellen Regelsatzverfahren beim Bundesverfassungsgericht haben die Aktenzeichen 1 BvL 1/09; 1 BvL 3/09 und 1 BvL 4/09. Der Überprüfungsantrag muss den Bescheid genau bezeichnen, der geprüft werden soll, daher muss in dem Schreiben das Datum und das Aktenzeichen des Bescheids angegeben werden. Am besten man legt den Bescheid noch in Kopie dem Schreiben bei. Zu empfehlen ist auch, den Überprüfungsantrag mit Einwurf einschieben zu versenden oder sich die Abgabe bestätigen zu lassen. Man kann in einem Antrag auch mehrere Bescheide überprüfen lassen.

Sie haben auch mit Empörung auf die Geld-Zurück-Aktion der Bundesagentur für Arbeit wegen der Kindergelderhöhung reagiert...

Der Fehler geht zu Lasten der Behörde und nicht zu Lasten der Betroffenen. Dieser Bestandsschutz ergibt sich auch aus den Regelungen des SGB X. Eine sozial gerechte Lösung wäre, den erhöhten Kindergeldbetrag bei den Betroffenen zu belassen. Ansonsten übersteigt der bürokratische Aufwand die Rückforderungsbeträge fast um das Doppelte. Notwendig ist aber vor allem eine grundsätzlich andere Herangehensweise. Es ist nicht hinnehmbar, dass Gutverdiener über den Kinderfreibetrag bis zu 40 Euro im Monat mehr in der Tasche haben, Durchschnittsverdiener 20 Euro Kindergeld bekommen und Hartz-IV-Haushalte mit Kindern vollkommen leer ausgehen.“

Bildtext: Regelmäßig lädt Ina Leukefeld in ihrem Wahlkreisbüro in Suhl zu einem Arbeitslosenfrühstück ein, bei dem vieles besprochen werden kann. ■

„Falsche Gleichsetzung und Relativierung, das wollen wir nicht“

Aus der Landtagsdebatte zum CDU-Antrag „Politisch motivierte Straftaten in Thüringen“

Auf Antrag der CDU-Fraktion hatte sich der Thüringer Landtag in einer Aktuellen Stunde im Dezember mit politisch motivierten Straftaten in Thüringen befasst. Im Folgenden Auszüge aus dem Plenarprotokoll:

ser Gesicht entgegenstellen, jedem ohne Relativierung, ohne Einschränkung und ohne Ansehen mit welchem ideologischen Hintergrund. (...) Falsche Gleichsetzung und Relativierungen, das wollen wir nicht. Ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus ist jetzt erforderlich. Das haben wir alle zusammen beschlossen.

Martina Renner, DIE LINKE:

Die Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU nimmt Gewalttaten in Weimar zum Anlass. Taten, die wir als LINKE ablehnen, seien sie nun politisch motiviert oder nicht. (...) Die Äußerungen der letzten Wochen und das, was wir eben von Ihnen, Herr Fiedler, hören konnten, zeigt uns aber, dass es hier nicht um eine ernsthafte sicherheitspolitische Debatte geht. Ihnen geht es auch nicht darum, mit den betroffenen Bürgern Solidarität zu üben, die sich nun Sorgen machen, ob und wie der Schaden behoben wird, der ihnen zugefügt wurde. Diese Fragen sind Ihnen ziemlich einerlei. Sie funktionieren die Debatte um in das Sperrfeuer in die eigenen Reihen der Koalition und gegen DIE LINKE. Bis heute haben es anscheinend noch nicht alle verwunden, dass der Landtag einen gemeinsamen Appell für Toleranz und Weltoffenheit verfasst hat. Einige Hände in der CDU-Fraktion sind damals unten geblieben, als es darum ging, Rechtsextremismus und Gewalt zu ächten und für ein anderes Klima in Thüringen zu streiten.

Nun sehen Sie Ihre Chance gekommen, auf dem Rücken der Betroffenen und unter Missachtung aller empirischen Fakten, diese Debatte weiterzudrehen. Wie kann man es eigentlich anders erklären, dass mit der Ächtung der Taten in Weimar in einem Atemzug das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus in Frage gestellt werden soll?

Wir als LINKE sagen deutlich, wir lehnen Gewalt politisch motiviert oder nicht, von links oder rechts, von oben oder unten ab. Es ist falsch zu behaupten, es gebe eine gleichartige Bedrohung der Gesellschaft durch sogenannte linksextreme Gewalt und durch Neonazis. Jeden Tag ereignen sich in Thüringen drei rechtsextreme Straftaten. Oft fühlen sich die Täter durch die hohe Verbreitung entsprechender Einstellungen in der Bevölkerung beflügelt. Auch die Gewalttaten vonseiten der Rechtsextremen steigen an. Diese Gewalt macht auch nicht halt vor schwerer Körperverletzung und Mord. 149 Tote durch Neonazis sind seit 1989 zu beklagen. Auch in Thüringen starben sechs Menschen durch Nazihand.

Die Statistik von Polizei und Verfassungsschutz spricht eine eindeutige Sprache. Linksextreme Gewalt und Organisation erreicht weder qualitativ noch quantitativ das, was von rechts außen an Gefahren zu verzeichnen ist. Da muss schon in den Statistiken die KPF der LINKEN dazugezählt werden, um nicht eingestehen zu müssen, dass die Anhängerzahl im Bereich des Linksextremismus seit Jahren zurückgeht.

Die Qualität der Anschläge in Weimar erreicht nicht das, was wir im Bereich der Nazigewalt haben. Denn es ist kein Alltag. Das ist auch das, was wir betonen wollen. Weimar ist eben kein Vorort von Paris.

Wir sollten nicht solche Taten zum Gegenstand machen in einer Richtung, die im Endeffekt zu einer Verharmlosung des Menschen verachtenden Rechtsextremismus führt. Wir sollten sie nicht zum Anlass nehmen, ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus infrage zu stellen, und wir sollten die Diskussion weiterführen an der Stelle, wie wir gemeinsam für Demokratie, Weltoffenheit und gegen Gewalt eintreten. ■

Wolfgang Fiedler, CDU:

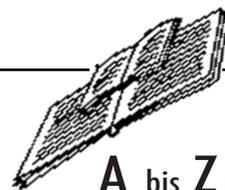
(...) Der Rechtsextremismus wird von der Öffentlichkeit stark wahrgenommen und das ist zweifelsohne auch in Thüringen ein sehr gewichtiges Problem. (...) Wir dürfen bei all diesen Aktivitäten aber nicht die anderen beiden größeren Problemgruppen, den Linksextremismus und den Ausländerextremismus, aus den Augen verlieren. Während die Gefahr durch den Ausländerextremismus nur sporadisch erscheint, insbesondere im Zusammenhang mit Bombendrohungen, gehören Exzesse der Linksextremisten in Deutschland schon fast zum Alltag. (...)

Heiko Gentzel, SPD:

Ich möchte die Möglichkeit nutzen, von hier vorne für ein neues Buch der Landeszentrale für politische Bildung werben „RechtsRock - Made in Thüringen“. Dieses Buch - ich kann Ihnen nur wärmstens ans Herz legen, da mal hineinzuschauen - unterstreicht noch mal eindeutig, wie wichtig es ist, den Kampf gegen den Rechtsextremismus als zentrales Politikfeld zu beschreiben und an vorderster Stelle zu betreiben hier in diesem Haus. (...)

Dirk Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

(...) Ich glaube, lieber Herr Fiedler, in Ihrer Rede und in Ihrer Pressemitteilung versuchen Sie etwas, was wir nicht tun sollten. Wir Grüne zumindest werden nicht gleichsetzen, relativieren, abschwächen, vergleichen. Wir werden ganz klar jedem, der Gewalt ausübt, un-



A bis Z:

Bannmeile

Durch die Anhörung des Innenausschusses zur Abschaffung der in Thüringen als befriedeter Raum bezeichneten Bannmeile sieht sich DIE LINKE in ihrem jahrelangen Bemühen bestätigt. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Martina Renner, verwies auf die verfassungsrechtlichen Probleme, die nach Ansicht des ehemaligen Thüringer Landtagsdirektors, Prof. Dr. Linck, schon früher zur Abschaffung hätten führen müssen.

Der Vertreter des schleswig-holsteinischen Landtages habe darauf verwiesen, dass es selbstverständlich sei, dass Vertreter aller Fraktionen mit den Teilnehmern der Versammlungen ins Gespräch kommen.

Man habe eigene dafür auch eine eigene Mikrofonanlage unmittelbar vor dem Kieler Landhaus, die den Versammlungsveranstaltern zur Verfügung gestellt werde. „Eine Praxis, von der wir in Thüringen noch meilenweit entfernt sind.“

DIE LINKE fordert ein deutliches und einmütiges Zeichen der Fraktionen des Thüringer Landtages für mehr Versammlungsfreiheit und mehr Transparenz. Im Jahr 1994 ist dies noch gescheitert. „Es freut uns insbesondere, dass die SPD nach einer selbstkritischen Rückblende nunmehr auch die Abschaffung der Bannmeile aktiv betreibt“, betonte die Abgeordnete. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Nach den Plenarsitzungen vom 27. bis 29. Januar finden die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags in der Zeit vom 24. bis 26. Februar statt.

Kita-Volksbegehren:

Am Mittwoch, den 10. Februar, startet landesweit in Thüringen das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik. Dafür werden durch zahlreiche Ehrenamtliche, die den Trägerkreis unterstützen, auf Straßen und Plätzen Unterschriften gesammelt.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter: www.die-linke-thl.de

Behindertenpolitik

Die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der LINKEN in Thüringen kündigt zusammen mit der LINKEN Landtagsfraktion ihr erstes Treffen in diesem Jahr an. Neben den Mitgliedern der LAG können alle, die Interesse an diesem Politikfeld haben, daran teilnehmen und mitarbeiten. Das Treffen findet am 9. Februar um 15:00 Uhr im Thüringer Landtag bei der Fraktion DIE LINKE im Raum 440 in Erfurt statt. Hierzu laden Eugen Baumann als Vorsitzender des Sprecherrates und Karola Stange, gleichstellungs- und behindertenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE, herzlich ein.

Die Mitarbeiterin Cordula Eger steht als Ansprechpartnerin für diesen Politikbereich zur Verfügung. ■

Kali-Abwässer

„Nachdem der niedersächsische Landtag die Nordsee-Pipeline zur Entsorgung der Kali-Abwässer abgelehnt hat, ist auch klar, dass diese im Thüringer Koalitionsvertrag vereinbarte Lösung zur ökologischen Entlastung von Werra und Grundwasser in der Region gescheitert ist“, so MdL Katja Wolf, die die Forderung der LINKEN nach einer nachhaltigen Verwertung der K+S-Abfälle vor Ort erneuert. „Zügig müssen jetzt die technologischen Voraussetzungen für eine stoffliche Verwertung der Kali-Abfälle geschaffen werden.“

Zudem habe der Kali-Konzern schon längst klar gemacht, dass er nicht bereit sei, eine Pipeline zu finanzieren. Nötig sei auch eine Abdeckung der Kali-Halden. ■

Wohngeldanträge

„Während die Regierenden in Bund und Land die Verantwortung für die langen Antragsbearbeitungszeiten beim Wohngeld hin und her schieben, ist der Wohngeldzuschuss für viele Betroffenen existentiell“, so MdL Heidrun Sedlacik. Zwar seien die im Rahmen der Wohngeldnovelle 2009 erzielten Verbesserungen übergreifend als positiv bewertet worden, aber es nütze den Betroffenen sehr wenig, wenn die Hilfen nicht schnell bei ihnen ankommen. Die LINKEN-Abgeordnete fordert die Landesregierung auf, schnellstmöglich eine Lösung zu finden statt lediglich auf die Verantwortung der Kommunen zu verweisen und sie bei der Umsetzung im Regen stehen zu lassen. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Radio-Workshop

Die Landtagsabgeordnete der LINKEN Sabine Berninger empfiehlt den eintägigen und kostenlosen DGB-Workshop für alle, die selbst im Radio aktiv werden wollen, am 20. Februar von 10 bis 17 Uhr in den Räumen von Radio F.R.E.I. in Erfurt, Gotthardstraße 21. Schwerpunkte sind praktische Übungen, wie Sprechen, Hören oder Moderieren. Anmeldung und Information: DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Frank Lipschik, Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt, Tel.: 0361-2172728, Fax: 0361-2172727, e-mail: quer@dgb-bwt.de. ■

Lohndumping

„Die Vorhaben der Drogeriemarktette Schlecker, die zum weiteren Ausbau von Lohndumping in Deutschland geführt hätten, sind kein Einzelfall und ein sozialer Skandal“, sagt MdL Ina Leukefeld und fordert die verantwortlichen arbeits- und wirtschaftspolitischen Akteure auf, umgehend die gesetzlichen Regelungen der Leiharbeit zu überarbeiten. „Es kann nicht sein, dass Lohndumping mittels Leiharbeit legalisiert wird und jederzeit von jedem Unternehmen eingesetzt werden kann, um auf diese Art und Weise die Stammbeslegschaft zu ersetzen, Arbeitnehmerrechte weiter abzubauen und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten auf Sparflamme zu fahren. Der Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ muss gesetzlich festgeschrieben werden, denn Leiharbeiter sind nicht Beschäftigte zweiter Klasse. Deshalb müssen diese auch den (Stamm-) Beschäftigten in den Unternehmen mit den ohnehin sukzessiv schrumpfenden Arbeitnehmerrechten gleichgestellt werden. Die derzeitige Ausnahmeregelung, wonach Leiharbeiter auch nach Dumping-Tarifverträgen bezahlt werden können, muss schleunigst beseitigt werden.“ ■

Waldarbeiterausgliederung

Die Landesregierung will die Waldarbeiter aus dem Landesforst entlassen und in eine GmbH überführen. DIE LINKE protestiert dagegen, ihr Abgeordneter Tilo Kummer verlangt in einer Sondersitzung des Ausschusses Aufklärung über diese Pseudo-Lösung. Er betont, dass die Waldarbeiter integraler Bestandteil der Beförderung und des Schutzes des Waldes sind. Sie übernehmen wichtige Aufgaben in den Bereichen Naturschutz, Gewässerpflege, Tourismus und Umweltbildung. Diese drohen in einer GmbH, die konkurrenzfähig sein muss, wegzufallen. Außerdem stelle das Vorhaben einen Bruch der Koalitionsvereinbarungen dar. ■

Fasziniert von der „Wahnsinnsaktualität der Nachrichten“

Warum Landtagsabgeordnete der LINKEN den Internetdienst Twitter nutzen

An Twitter scheiden sich die Geister. Ist hier ein neues strategisches Medium entstanden oder doch nur eine massive Ansammlung von Belanglosigkeiten? Bei Twitter handelt es sich um ein soziales Netzwerk im Internet, das aus einer Vielzahl von Online-Tagebüchern besteht. Die Besonderheit: es sind nur Kurzeinträge mit jeweils bis zu 140 Zeichen möglich (20 weniger als bei einer SMS!). Diese Einträge, Tweets genannt, werden von anderen Teilnehmern gelesen, entweder, weil sie sie zufällig gefunden haben oder sich im günstigeren Fall sogar als eine Art Abonnent beim Verfasser anmelden (als so genannte Follower). Schnell entstehen auf diese Art Netze, die Informationen austauschen. Der Service ist kostenlos, Registrierung und Bedienung sind einfach. Auch eine Reihe Abgeordneter der Linksfraktion twittert, von denen hier vier zu Wort kommen.

Leben Kommunikationsgruppen. Und natürlich gibt es ein paar Irre, Stalker, Hassprediger und ähnliche Leute, aber auch sehr viele Interessierte.

Anfangs hatten Sie heftige Attacken auszuhalten.

Ja, aus Richtung der Jungen Union und von anonymen Nutzern, die ihre Identität bis heute nicht preisgeben. Die verhalten sich offenkundig wie Piranhas, stehen schwarmweise bereit, dass sich ein bestimmter Spitzenpolitiker selbst zeigt. Die hatte ich eine zeitlang an der Hacke. Aber erfahrene Menschen, die sich in dieser virtuellen Computerwelt auskennen, wie meine Söhne und einige enge Mitarbeiter, haben mir geholfen. Hilfe kam übrigens auch aus Twitter, von Menschen, die ich gar nicht kannte. Inzwischen hat sich das gelegt. Ich führe bei Twitter eine gute Kommunikation, auch mit politischen Konkurrenten.



Sozusagen der „Twitter-König“ der Fraktion ist Bodo Ramelow – und zwar in jeder Beziehung. Er hat fast 1.700 Tweets verfasst, die regelmäßig von derzeit etwa 1.000 Followern gelesen werden. War er gleich von dem neuen Medium begeistert?

Nein, anfangs habe ich das sogar völlig abgelehnt. Nur weil Barak Obama es macht oder eine Agentur mir das aufschwätzen will? Das habe ich nicht eingesehen. Außerdem kostet es schon viel Kraft, regelmäßig mein Webtagebuch zu führen und dabei nicht nur Kontinuität, sondern auch Substanz und Qualität zu erhalten.

Wie kam es zum Umschwung?

Das war im Wahlkampf, und dort zunächst zur Kommunikation mit den eigenen Mitarbeitern und Helfern. Das hat funktioniert und seitdem bin ich dabei. Jetzt, mit einem neuen Handy, das Twitter-Beiträge nutzerfreundlich anzeigt und verwaltet, begreife ich immer besser, wie dieses System funktioniert. Da finden sich genau wie im richtigen

Eine eindrucksvolle Bilanz weist auch Katharina König auf. Sie hat bereits weit über 700 Tweets verfasst. Wo werden die eigentlich geschrieben?

Meistens von meinem Handy, von da kommen schätzungsweise 70 bis 80 Prozent der Beiträge. Gelegentlich schreibe ich sie auch am Computer. Ich probiere gern neue Medien aus, übrigens auch neue Computerspiele. Wenn es mir etwas bringt oder Spaß macht, bleibe ich dann dabei. Bei Twitter war es so. Dort fasziniert mich die schnelle Vernetzung, diese Wahnsinnsaktualität von Nachrichten, die verbreitet werden. Da sind manche vor allem für meine Landtagsarbeit von Bedeutung, andere von persönlich-politischem Interesse.

Können Sie diejenigen verstehen, die Twitter generell ablehnen?

Ich kann das verstehen, denke aber, in einem solchen Fall sollte eine bewusste Gegenentscheidung getroffen werden, keine aus einem vagen Gefühl heraus. Es ist also wichtig, sich vorher über neue Medien zu informie-

ren, sie sich anzuschauen und nicht einfach zu sagen: diesen ganzen neuen Kram brauche ich nicht.

Susanne Hennig berichtet sehr detailliert über ihren Tagesablauf als Politikerin, aus dem Landtag, dem Jugendbüro RedRoxx oder von Gremiensitzungen in Berlin. Wie wird das von den Followern aufgenommen?

Sehr gut, die Zahlen der Follower steigen. Je breiter das Spektrum, umso besser, wobei Twitter vor allem für ein bestimmtes Klientel wichtig ist.

Zu welchem Thema haben Sie die meisten Tweets verfasst?

Das weiß ich nicht so genau, aber ich denke zu Christoph Matschie und seiner Koalitionsentscheidung nach der Wahl. Außerdem habe ich oft zu anstehenden Terminen Hinweise gegeben.

Sie sollen sozusagen als Therapie bei langweiligen Sitzungen schon zum „uninteressierten Twittern“ übergegangen sein – habe ich gelesen (bei Twitter). Was ist das?

Twittern, das mich ablenkt und der Situation eigentlich nicht angemessen ist. Aber das macht wahrscheinlich jeder, der mit seinem Handy twittert. Man kann die Zeit doppelt nutzen und ist trotzdem aktiv in Beratungen dabei.

Frank Kuschel setzt Twitter ein, um auf aktuelle Neuigkeiten auf seiner Internetseite oder seiner persönlichen Seite bei der Internetcommunity „Linksaktiv“ hinzuweisen. Eine bewusste Strategie?

Ja, dadurch will ich auf meine Internetseite und meine Informationen bei „Facebook“ und „Linksaktiv“ aufmerksam machen und hoffe auf mehr Nutzer.

Welche Rolle spielen solche neuen Kommunikationsmöglichkeiten Ihrer Ansicht nach inzwischen generell für Politiker?

Ich finde Twitter als Ergänzung für die Öffentlichkeitsarbeit sehr nützlich. Informationen fließen schneller, der Dialog wird befördert und die Arbeit als Politiker wird transparenter. Klar ist aber auch, dass man ganz gezielt Twitter nutzen muss. Zu viele Informationen sind auch nicht gut. In dieser Hinsicht bin auch ich noch Lernender.

Bereitet es Schwierigkeiten, Gedanken in nur 140 Zeichen auszudrücken?

Nachrichten mit nur 140 Zeichen sind unbestritten eine Herausforderung für mich. Mir wird beim Schreiben immer wieder bewusst, dass es mir schwer fällt, Informationen auf Grundaussagen zu begrenzen. Insofern empfinde ich Twitter als gute Lernmethode, um sich kurz zu fassen.

Die Fragen stellte Stefan Wogawa ■

Deutlich machen, wer für diese Misere Verantwortung trägt

DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für Kommunen in Not / Beratung mit Kommunalpolitikern

Das Jahr 2010 wird das schwierigste für die Thüringer Kommunen.

2008 betrug die Realsteuereinnahmen der Gemeinden und Städte noch rund 992 Mio. Euro. Die erwarteten Steigerungen für 2009, die Grundlage für die Finanzpläne der Kommunen waren, konnten sich zwar nicht erfüllen, dennoch stiegen die kommunalen Steuereinnahmen leicht auf voraussichtlich 1.031 Mio. Euro. Für 2010 werden Steuereinnahmen von 1.005 Mio. Euro erwartet, das sind rund 30 Millionen weniger.



Die Landesregierung hat bereits ihre Vorstellungen zum neuen Finanzausgleich erarbeitet und mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. Zumindest der Gemeinde- und Städtebund hat seine Kritik gegenüber der Landesregierung deutlich gemacht. Ein Teil davon ist deckungsgleich mit der LINKEN.

Nach eigenen Berechnungen werden den Thüringer Gemeinden, Städten und Landkreisen in diesem Jahr 888 Mio. Euro durch die Landesregierung vorenthalten. Große Brocken sind die Auswirkungen des geänderten Steuerrechts seit 1999. Rund die Hälfte, nämlich rund 460 Mio. Euro, entfallen auf die Steuerbesenke, die der Bund unter Rot-Grün, Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb beschlossen hat. Daran war immer die Thüringer Landesregierung über den Bundesrat beteiligt – sie hat den Änderungen zu Lasten der Kommunen stets zugestimmt.

Des Weiteren setzt die Landesregierung die äußerst fragwürdigen Berechnungsmethoden zur Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs für 2008/2009 fort, was zu Minderzuweisungen von weiteren rund 350 Mio. Euro führt. Drittens wirken sich die Aufgabenübertragungen aus, für die zwar die Kommunen zuständig gemacht wurden, aber Bund und Land die notwendigen Finanzmittel nicht ausreichend zur Verfügung stellen.

Noch nicht vollständig geklärt sind zudem die angekündigten Auswirkungen zur Umsetzung des Kita-Volksbegehrens. Auch wenn die Landesregierung eine Kostenabwälzung auf die Eltern und Kommunen bisher abwenden will, steht dennoch zu befürchten, dass über die

Hintertür weitere Belastungen auf die Eltern und Kommunen zukommen.

Der Haushaltsentwurf soll erst Ende Februar in den Landtag eingebracht werden. Selbst unter größtem Arbeits-eifer des Landtages wird aufgrund von Arbeitsabläufen, die übrigens zum großen Teil auch die Verfassung diktiert, eine Verabschiedung nicht vor Ende April möglich sein. Damit werden die Kommunen erst im zweiten Quartal wissen, mit welchen Landesmitteln sie rechnen können. Erst danach können die kommunalen Haushalte mit Gewissheit verabschiedet werden. Die Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden wird nochmals einen Monat dauern.

Das bedeutet also, dass erst zur Jahresmitte die ordnungsgemäße Haushaltswirtschaft der Gemeinden, Städte und Landkreise stehen wird. Bis dahin können Vereine und Projekte kaum



bis gar nicht gefördert werden. Neue Investitionen zu beginnen, auch mit Blick auf das Konjunkturpaket II, wird bis dahin nicht möglich sein. Die Probleme vor Ort werden damit zunehmen. Zahlreiche soziale und kulturelle Projekte stehen vor dem Aus oder sind bereits abgewickelt worden. Selbst dort, wo auf Sparflamme gearbeitet wird und Einrichtungen noch nicht geschlossen wurden, sind bereits die ersten Kündigungen ausgesprochen.

Dinge, die jetzt aufgegeben werden, haben kaum eine reale Chance, wieder aufgebaut zu werden.

Die Verantwortung für diese verfehlte und fahrlässige Kahlschlagpolitik tragen nicht die Kommunen – weder Gemeinderäte und Bürgermeister noch



Kreistagsmitglieder und Landräte. Allerdings werden sie es sein, die vor Ort die Auswirkungen dieser Politik zu verwalten und öffentlich zu erklären haben.

DIE LINKE will einen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen aufgerüttelt werden, dass ihnen bewusst wird, wer dafür verantwortlich ist, dass Einrichtungen geschlossen und Leistungen eingeschränkt werden. Wir fordern einen Schutzschirm für die Kommunen und wenden uns dagegen, dass man den Bürgermeistern und Gemeinderäten den „schwarzen Peter“ zuschiebt.

Die Verantwortung für diese asoziale Politik tragen die Zuständigen in Bund und Land – von CDU/CSU über FDP bis hin zur SPD.

Sascha Bilay

Fotos: Aus einer Beratung der Linksfraktion zur Situation der Kommunen mit Bürgermeistern und kommunalen Abgeordneten am 14. Januar im Landtag.

Frauenplenum gegründet

Zwar haben die Frauen in der Landtagsfraktion der LINKEN die Mehrheit – von den 27 Abgeordneten sind 15 weiblichen Geschlechts –, aber trotzdem gibt es, verglichen mit der Situation vor Wendezeit, eine bedenkliche Tendenz des Rückzugs von Frauen nicht nur aus der LINKEN, sondern überhaupt aus der Politik.

Dem wollen die Abgeordneten-Frauen und Mitarbeiterinnen in der Landtagsfraktion und das Frauennetzwerk der Partei nicht länger tatenlos zusehen. Sie trafen sich kürzlich zu einem Frauenplenum, zu dem MdL Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin, eingeladen hatte.

Ihr Aufruf, „Ideen zu sammeln, wie unsere Fraktion in den kommenden

fünf Jahren frauen- und gleichstellungspolitische Impulse setzen kann“, stieß auf gute Resonanz. Schnell wurde man sich einig, künftig noch stärker herausstellen zu wollen, dass dieses Politikfeld kein Alibithema ist, sondern tatsächlich als eine Querschnittsaufgabe gesehen werden soll.

Nächste wichtige Termine, bei denen mit öffentlichen Aktionen Aufmerksamkeit erzielt werden soll, sind der Internationale Frauentag – in Erfurt gibt es am 11. März im Rathaus eine Veranstaltung dazu – sowie der Equal Pay Day am 26. März. Er will einen Anstoß geben, die konkreten Ursachen für Entgeltunterschiede bei der Entlohnung von Männern und Frauen an der Wurzel anzugehen.

KURZ UND PRÄGNANT

Schulobst für alle

„Schulobst muss für alle Schüler im Grundschulalter kostenlos angeboten werden. Die bisher vorgesehenen Europa- und Landesmittel für Schulobst reichen aber gerade einmal für die Hälfte aller Grundschüler“, sagte MdL Michaela Sojka in Reaktion auf die Ankündigung der CDU-Fraktion, das Schulobstprogramm in Thüringen auszuweiten. Die Fraktion DIE LINKE hatte einen Antrag zur kostenlosen Versorgung aller Grundschüler in Thüringen mit Schulmilch und Schulobst unter Nutzung der EU-Programme bereits im vergangenen Herbst in den neu gewählten Landtag eingebracht. Ungesunde Ernährungsgewohnheiten bilden sich frühzeitig heraus und haben gravierende Auswirkungen auf die Lern- und Leistungsfähigkeit der Kinder. Auch angesichts der erst jüngst bekannt gewordenen Mängel bei der Schulspeisung in Thüringen müsse konsequent gegensteuert werden. „Wichtig ist dabei, dass wir nicht nur einige ausgewählte Schulen erreichen, sondern dass für jedes Kind im Grundschulalter kostenloses Schulobst und Schulmilch an den Schulen bereitgestellt wird.“

Gegen Geheimpapiere

Nach einem Gespräch mit dem Intendanten des ZDF, Markus Schächter, betonte MdL André Blechschmidt: „Die Politik muss die Bestands- und Entwicklungsmöglichkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch weiterhin garantieren.“ Mit Blick auf den 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und ein zukünftiges Gebührenmodell fordert er die Ministerpräsidenten auf, ein transparentes Modell zu gestalten, welches soziale Ungerechtigkeiten einschränkt, und nicht mit finanziellen Tricks bzw. Deckelungen zu arbeiten. „Es darf keine Geheimpapiere zum Gebührenmodell geben, sondern es muss eine breite öffentliche Diskussion stattfinden.“

Populistische Hetze

Mit Empörung reagierte Bodo Ramelow auf den Vorschlag von Hessens Ministerpräsident Roland Koch, für Hartz IV-Empfänger eine Arbeitspflicht einzuführen: „Hartz IV ist generell eine Demütigung und Armut per Gesetz. Was Koch jetzt vorschlägt, tritt die Menschenwürde mit Füßen.“ Arbeitslose müssten bereits heute jedes Arbeitsangebot bei Androhung drastischer Sanktionen annehmen. „Koch will sich mal wieder als gandenloser Populist profilieren, der auch nicht davor zurück schreckt, Stimmungen am rechten Rand zu schüren. Sein neuester Vorstoß schlägt dem Fass den Boden aus und würde den Armuts- und Ausgrenzungsdruck weiter verschärfen.“

Mit dem Qualitätssiegel „Berufswahlfreundliche Schule“ ausgezeichnet

Dr. Birgit Klaubert: An der Schwelle zwischen Klassenzimmer und Werkhalle darf nicht der Zufall entscheiden

42 Thüringer Schulen wurden im Thüringer Landtag am 22. Januar mit dem Qualitätssiegel „Berufswahlfreundliche Schule“ ausgezeichnet. Das Siegel, das seit 2005 vergeben wird, haben bisher schon 106 Schulen in Thüringen erhalten.

Im Folgenden Auszüge aus der Rede der stellvertretenden Landtagspräsidentin Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE):

Gegen den Trend des Fachkräftemangels stehen in Deutschland jedes Jahr rund 450.000 Jugendliche, die ihre Ausbildung oder ihr Studium abbrechen, vor allem weil der angestrebte Beruf nicht der richtige ist. Rund jeder fünfte Ausbildungsvertrag wird vorzeitig gekündigt, weil die jungen Berufseinsteiger trotz Praktika keine realistische Vorstellung von dem Beruf haben. Der Anteil der Jugendlichen, der gänzlich ohne Berufsausbildung bleibt, stagniert bereits seit etwa zehn Jahren bei rund 15 Prozent – und damit auf hohem Niveau.

Die Entscheidung für einen Beruf kann den jungen Menschen niemand abnehmen. Aber die Gesellschaft kann sie gut auf diese Entscheidung vorbereiten. In dem Spannungsfeld von individuellen Neigungen und möglichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt müssen wir sie sorgfältig beraten und begleiten. Zwischen rund 350 anerkannten Ausbildungsberufen und 1.400

Studienfachkombinationen können Jugendliche in Deutschland wählen.

An der Schwelle zwischen Klassenzimmer und Büro oder Werkhalle darf nicht der Zufall entscheiden. Es gibt viele hochwertige Beratungs- und Betreu-



ungsangebote, die auf diesem Markt der unbegrenzten Möglichkeiten Navigationshilfen bieten. Es gibt viele Anlaufstellen, die Orientierung bei der Berufswahl bieten, wie etwa die Berufsberatungszentren und die Arbeitsagenturen. Besonders wichtig erscheint mir persönlich das nachhaltige Engagement von Schulen, regionaler Wirtschaft, Kammern und Verbänden.

In Thüringen ist ein dichtes Netzwerk entstanden, das Schülerinnen und Schülern ermöglicht, sich langfristig und dauerhaft mit dem wichtigen Thema Berufswahl zu beschäftigen. Insbesondere die Schulen spielen bei der Berufsorientierung eine große Rolle. Sie können sehr viel tun, um die Jugendlichen besser auf die Anforderungen des Arbeitslebens vorzubereiten, zum Beispiel indem sie die Ausbildungsfähigkeit der Schüler weiter verbessern. Die Schulen können das Thema Berufswahl verstärkt in den Unterricht integrieren. Sie schaffen den Rahmen für betriebliche Praktika. Mit

ihren Partnern in der Wirtschaft organisieren die Schulen Betriebserkundungen. Ein Mentoring-System ermöglicht vertiefte Einblicke in die berufliche Praxis. Gerade Mädchen können im Unterricht ermuntert werden, sich für technische Berufe und Studiengänge zu interessieren, weil sie ihnen interessante Karrierechancen bieten. ■

Ramelow schweigt...

...natürlich nicht. Aber vor ein paar Tagen wäre es beinahe so weit gewesen.

„Irgendwie klappt es mit den Medien und mir in dieser Woche gar nicht“, schrieb Bodo Ramelow am 21. Januar in sein Internet-Tagebuch.

Begonnen hatte es am Montag mit der Meldung einer Nachrichtenagentur über seinen sensationellen Rückzug aus dem Parteivorstand – dabei hatte er schon lange vorher erklärt, sich auf seinen Fraktionsvorsitz konzentrieren zu wollen.

Dienstag war das ZDF da. Abends im heute journal der Interview-(Aus)-Schnitt. Frei nach dem Motto „Was nicht passt, wird passend gemacht“ wurde ein Halbsatz aus dem Kontext gerissen und Selbstkritik zur Kritik an Lafontaine (was eine Programmbeschwerde Ramelows beim ZDF-Fernsehrat zur Folge hatte).

Mittwoch geht er „auf Distanz zu Lafontaine“, jedenfalls im Kölner Stadtanzeiger und mittels indirekter Rede. Da lässt sich immer gut was konstruieren, denn die muss nicht autorisiert werden.

Und Donnerstag nützen alle Vorsichtsmaßnahmen – Gegenlesen, Rat einholen – nichts: Aus dem Interview für die LVZ wird vorab „Ramelow kritisiert Bisky“ verbreitet.

Ebenfalls am Donnerstag wird schließlich sein Statement für MDR aktuell, wofür eigens und hastig ein Kamerateam geschickt worden war, dann gar nicht gesendet. Wahrscheinlich fanden sie nicht mal einen Viertel-Satz, um die Streit-Story zu befeuern.

Am gleichen Tag gab es aber doch noch unverfälschte Informationen – für Erfurter Hörer des Bürger-Radios FREI, das Bodo Ramelow am Morgen zu einem einstündigen Redaktionsgespräch eingeladen hatte. „Eine schöne Sendung und ein gutes Gefühl, die eigene Meinung mal nicht in ein 30-Sekunden-Statement packen zu müssen“, so der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag unter www.bodo-ramelow/tagebuch.de.

-ph ■

Das „Grüne Sofa“ - denn es geht um mehr als ein Dach überm Kopf

Die Arbeitsgemeinschaft Stadtentwicklung und Wohnen der Linksfraktion im Thüringer Landtag unter Leitung der wohnungspolitischen Sprecherin Heidrun Sedlacik setzt auch in dieser Legislatur ihre Arbeitsbesuche vor Ort fort und folgte zu Jahresbeginn der Einladung der Wohnungsbaugenossenschaft „Erfurt“ eG (WbG „Erfurt“), eines der vier großen Wohnungsunternehmen in Erfurt. Die 1957 gegründete Genossenschaft mit rund 8.000 Mitgliedern hat circa 7.550 Wohnungen, verteilt über das gesamte Stadtgebiet.

Schon beim Betreten der Geschäftsräume in der Johannesstraße 59 fühlt man sich Zuhause. Das 2002 als Maskottchen und Markenzeichen der Genossenschaft ins Leben gerufene und überall anzutreffende „Grüne Sofa“ vermittelt nicht nur Behaglichkeit, sondern ist als Sympathieträger der Genossenschaft anerkannt.

Aber auch unermüdliches Engagement des Vorstandsvorsitzenden der WbG „Erfurt“, Manfred Fraaß, und der derzeit 56 Mitarbeiter haben nicht unwesentlichen Anteil an dieser positiven Entwicklung. Die Genossenschaft beteiligt sich am Stadtumbau und hat bisher 5.600 Wohnungen vom Markt genommen, was aber immer

dann legitim ist, wenn damit städtebauliche Nachhaltigkeit und vor allem Mehrwert für die Menschen erzielt werden. Schließlich geht es beim Stadtumbau in erster Linie um die Menschen und nicht um das Versetzen von Beton und Steinen. Dass für die WbG „Erfurt“ Wohnen auch Sozial- und nicht nur Wirtschaftsgut ist, dass es um weitaus mehr geht als nur ein Dach über dem Kopf, machen nicht nur das vorbildliche Umzugsmanagement im Rahmen des Stadtumbaus mit einer Haltequote von 77 Prozent, sondern auch die Service- und Dienstleistungs-Card sowie der in 25 Prozent des Bestandes vorhandene Conciergeservice und das Sozialmanagement deutlich. Beispielhaft sind hier die Nachbarschaftstreffs und die Spielwohnung, Spatzennest genannt.

Die Genossenschaft versteht sich als Stabilisierungsfaktor und sichert nicht nur Daseinsvorsorge, sondern auch den sozialen Frieden, der zunehmend ins Wanken gerät. Um weiterhin die Herausforderungen des soziodemografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels zu meistern und damit ein Fels in der Brandung zu sein, bedarf es nicht nur des Engagements der Akteure vor Ort, sondern es ist

insbesondere die Unterstützung der Politik notwendig.

Entsprechende Forderungen wurden im Rahmen der Beratung klar und deutlich formuliert. So müsse nicht nur der Stadtumbau-Ost über das Jahr 2013 hinaus vorangetrieben werden, auch die Frage der wohnungswirtschaftlichen Altschulden bedarf einer endgültigen Lösung, wie es DIE LINKE schon lange fordert. Auch müssen Anreize geschaffen werden, dass die private Immobilienwirtschaft sich am Stadtumbau beteiligt.

Diana Kölbel ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Annegret Brosemann

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.